

IV Schlussfolgerungen

In dieser Arbeit wurde angenommen, dass die Verschiedenheit der Interpretation des Integrationsprozesses die tiefliegenden Unterschiede, deren Herkunft man in politischen und kulturellen Genesen der Parteien suchen kann, widerspiegelt. Daher richtete sich das zentrale Erkenntnisinteresse darauf zu untersuchen, ob die gesellschaftlichen Spaltungen und Konflikte, die die Parteien repräsentieren, aggregieren und artikulieren, die Einstellung einer Partei zur EU-Integration erklären. Mit anderen Worten: Es wurde hier der Frage nachgegangen, ob die existierenden politischen Spannungslinien die Positionen der Parteien in der EU-Beitrittsfrage erklären und inwieweit die *cleavages* etwas über die EU-Standpunkte der polnischen Parteien aussagen. Zur Beantwortung dieser Frage stützte sich diese Arbeit auf das von Lipset und Rokkan (1967) entwickelte Konfliktmodell. In diesem Modell gelten die soziostrukturellen Konfliktlinien als das konstituierende Element der Parteienbildung. Ihre Intensität wird als Grundlage für die Struktur der Parteiensysteme angesehen. Dieses Modell hat sich bereits als guter Ansatz zur Erklärung der Entstehung von Parteiensystemen in Westeuropa erwiesen und ist – wie die Forschung zur Entwicklung von Parteiensystemen und neuen Parteien belegt - für eine Adaption neuer Spannungslinien offen.

Zwei Grundfragen bildeten den Ausgangspunkt dieser Studie. Die erste Frage lautete: Ist das Konfliktmodell von Lipset und Rokkan überhaupt auf Ostmitteleuropa, insbesondere auf Polen, übertragbar und welche gesellschaftlichen Spannungslinien existieren in der polnischen Gesellschaft bzw. welche davon werden von den Parteien artikuliert und im politischen System Polens polarisiert? Zum zweiten wurde der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Positionen der Parteien mit jenen Positionen, die sich aus den *cleavage*-Strukturen ableiten lassen, in Übereinklang befinden?

Zur Beantwortung dieser Fragen war der Blickwinkel zuerst bezüglich der *cleavages* auf die westeuropäische Parteienforschung gerichtet. Dabei wurde besonders auf die Diskussion über die Dauerhaftigkeit der Parteiensysteme (die sog. Persistenzthese) und auf die Brauchbarkeit des *cleavage*-Modells für die Beschreibung neuerer Entwicklungstendenzen eingegangen; denn es galt herauszufinden, ob das Modell für eine Adaption mit Blick auf neue Fragen, in unserem Fall die Europäische Integration, offen ist. Im Kontext der vorliegenden Untersuchungen war es ausgesprochen wichtig, dass dem Modell ein entwicklungssoziologisches Potential innewohnt, das als Ansatz zur Erklärung der Entstehung von Parteiensystemen in Polen dienen kann. Zurückgegriffen wurde auf den entwicklungssoziologischen Aspekt der *cleavage*-Theorie von Lipset und Rokkan, die das *cleavage*-Modell grundsätzlich als heuristisches Analysekonzept interpretiert.

Im Falle Polens ist nicht von bereits verfestigten Konfliktstrukturen auszugehen, die sich per se als Basis des neuen Parteienwettbewerbs anbieten würden. Greift man auf das entwicklungssoziologische Potential der Theorie zurück, steht die *cleavage*-theoretische Perspektive im Vordergrund, insbesondere dann, wenn die *cleavage*-Theorie nicht – wie häufig der Fall - als quasi historische Parteientheorie angesehen, sondern man sie als Ansatz zur Erklärung der Entstehung von

Parteiensystemen verstanden wird. Bei dieser Interpretation rückt der Aspekt einer dauerhaften Stabilität in den Hintergrund, während im Vordergrund die Frage steht, ob und welche *cleavages* im neuen postkommunistischen Pluralismus entstehen.

Des Weiteren wurde untersucht, ob es sich im polnischen Parteiensystem um eine Abschwächung der alten, „klassischen“ Konflikte, die in westeuropäischen Parteiensystemen existieren, handelt oder ob hier neue *cleavages* entstehen. Nach eingehender Analyse der Anwendungen des *cleavage*-Ansatzes, so wie er in der sozialwissenschaftlichen Literatur aufgearbeitet wurde, kristallisierte sich bereits als erstes Ergebnis heraus, dass vor allem vier Konfliktlinien sich als bestimmend für die Verortung der parteipolitischen Positionen in Polen identifizieren lassen. Anstelle der historischen *cleavages*, die ihre Substanz verloren haben und mehr und mehr transformiert oder überlagert werden, haben vor allem neuere Konfliktlinien den politischen Wettbewerb in Polen dominiert und zur Institutionalisierung des Parteiensystems und zum Aufbau gegenseitiger dauerhafter Verbindungen zwischen Eliten, Parteien und Wählern geführt. Aus der Analyse ergab sich, dass der aktuelle politische Wettbewerb in Polen vor allem durch vier Aspekte bestimmt wird:

- die Haltung zur kommunistischen Vergangenheit: Hier spiegelt sich der Systemkonflikt zwischen den alten und neuen Eliten (Antikommunismus vs. Kommunismus) wider,
- die Frage nach den nationalen Traditionen und den nationalen Interessen: Hier geht es im Kern um die Frage einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische universalistische Muster (Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung),
- die Frage nach der Bedeutung christlicher Werte im öffentlichen Leben und die Rolle der Kirche (konfessionell vs. säkular),
- die Frage nach der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik (Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft).

Obwohl der Transitionskonflikt zwischen alten und neuen Eliten innenpolitisch bedeutsam ist und nicht selten ideologisch und machtpolitisch instrumentalisiert wird, lassen sich die Standpunkte der polnischen Parteien bezüglich der EU-Integration nur schwer der Konfliktlinie „Antikommunismus vs. Kommunismus“ zuweisen. Daher wurde eine Aufteilung in drei *cleavages* für diese Arbeit angenommen:

1. Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung,
2. konfessionell vs. säkular,
3. Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft.

Nach der Analyse der identitätsstiftenden Auseinandersetzungen, die im Zuge des polnischen Demokratisierungsprozesses zur Herausbildung einer politischen Parteienlandschaft führten, wurden die so entstandenen Parteien hinsichtlich ihrer *cleavage*-Positionen untersucht. Dabei stellte sich

heraus, dass sich die polnischen, politischen Parteien vor allem auf zwei Differenzierungsebenen unterscheiden lassen: einer ökonomischen und einer kulturellen. Die ökonomische Ebene spiegelt die Unterschiede der Parteien in Fragen der Wirtschaftsordnung und der damit verbundenen politischen Einflussnahmen wider. In wirtschaftspolitischer Hinsicht lassen sich die Parteien in zwei Gruppen unterteilen: Liberale und zentralistische Parteien setzen stärker auf Marktkräfte in dem Sinne, dass sie wirtschaftlichen Strukturwandel auch gegen sektorale Interessen im eigenen Land zulassen; gleichzeitig plädieren sie für einen minimalen oder auf jeden Fall schlanken Wohlfahrtsstaat. Dem gegenüber sind postsozialistische Gruppierungen sowie die Bauernparteien zwar nicht gegen jeglichen Strukturwandel, definieren jedoch für bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft (Energie, Transport, Telekommunikation, andere infrastrukturelle Sektoren) staatliche Verantwortung. Daneben soll der Wohlfahrtsstaat umfassende Sicherungen bereitstellen.

Die Differenzierung auf kultureller Ebene erwächst aus den unterschiedlichen Sichtweisen auf traditionelle soziale Gruppierungsmuster wie Familie, Nation oder Religion. Hier konkurrieren zwei Lager miteinander: einerseits die Parteien, die sich als christlich-national verstehen, andererseits Parteien, die sich nach den universalistischen, liberalen Wertorientierungen richten. Die christlich-nationalen Parteien sprechen sich für die Herrschaft der christlichen Werte in der Öffentlichkeit und für die Dominanz des nationalen Prinzips über alle anderen Gestaltungsprinzipien der Politik auf der Ebene des Gesamtstaates aus. Die universalistisch-liberalen Parteien lehnen die dominante Rolle christlicher Prinzipien ab. Diese laizistisch-pluralistischen Optionen treffen in Polen auf einen stark verankerten Katholizismus und den mit ihm verbündeten Klerikalismus.

Das Thema der EU-Integration Polens kann auch auf diesen beiden Ebenen betrachtet werden: Den Anhängern einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische Muster stehen die natiozentrischen Traditionalisten gegenüber, den Protagonisten einer radikalen marktwirtschaftlichen Ordnung die Befürworter eines schrittweisen, sozialverträglichen Weges in den Kapitalismus. Die Positionierung der Parteien bezüglich der europäischen Integration wurde nach eingehender Analyse der verschiedenen Aspekte und Besonderheiten der Europadebatte in Polen dargestellt.

Eine Integration in die Europäische Union wird allgemein mit Demokratisierung, Verwestlichung und Ökonomisierung gleichgesetzt. Somit steht idealtypisch die positive Einstellung zur EU in einem engen Zusammenhang mit wirtschaftlichen und demokratischen Positionen. Die negative Einstellung zum EU-Beitritt ist mit nationaler und regionaler Unabhängigkeit und dem Widerstand gegen marktwirtschaftliche Globalisierung und Säkularisierung verbunden. Diese Betrachtung des EU-Themas deckt sich mit bedeutenden gesellschaftlichen Konfliktlinien: Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung, konfessionell vs. säkular, Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft. Daraus ließe sich ableiten, dass die prowestlichen und säkularistischen Positionen sowie solche für freie Marktwirtschaft zu einer positiven Haltung bezüglich des EU-Beitritts führen und dass Traditionalismus, konfessionelle Interessen und Staatsinterventionismus in einer kritischen Betrachtung des EU-Beitritts resultieren sollten. Der hypothetischen Darstellung wurde eine empirische Untersuchung, in der die Positionen der Parteien in den oben bereits dargestellten drei

cleavage-Dimensionen erfasst wurden, gegenübergestellt. Dabei wurde eine gewichtete *cleavage*-Position der Parteien anhand der Analyse der Parteiprogramme herausgearbeitet.

Die komplexe Widerspiegelung des Standpunktes einer gegebenen Partei zur Integration Polens in die EU sagt jedoch noch nichts über die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen *cleavages* und den Europapositionen der Parteien. Zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen den *cleavage*-Positionen und den EU-Positionen der polnischen Parteien in den Parlamentswahlen 1997 und 2001 - und damit zur Gewinnung sicherer Grundlagen - wurden statistische Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen (lineare Regression, Korrelation) hinzugezogen.

Dass *cleavages* einen Einfluss auf Parteipositionen hinsichtlich der europäischen Integration haben, ist ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung. Während auf der ökonomischen Achse so gut wie kein Einfluss festgestellt wurde, zeigte sich aber ein um so größerer Einfluss hinsichtlich der soziokulturellen Ebene. Die vorliegenden empirischen Ergebnisse weisen zudem auf eine generelle Richtung der zukünftigen Entwicklung hin. Ob sich die nicht nur in Polen, sondern in ganz Osteuropa vorhandenen Konfliktmuster den in Westeuropa entstandenen Mustern annähern und welche Rolle dabei postkommunistische Besonderheiten spielen, bedarf noch weiterer, eingehender Untersuchungen.

Warum gerade die kulturell beladenen *cleavages* aussagekräftig für die EU-Position der polnischen Parteien sind? Dafür lassen sich mehrere Gründe finden. Bereits der *cleavage*-Ansatz betont insbesondere die eigenständige Bedeutung von kulturellen Auseinandersetzungen. Ökonomische Konflikte führen im Allgemeinen sogar nur dann zu langfristigen, gesellschaftlichen Spaltungen mit politischer Wirkungsmacht, wenn sie entsprechend ideologisch-kulturell überformt und abgestützt werden (Rohe 1992: 23f).

Wenn man die Diskussionen über entstehende Konfliktstrukturen in den ostmitteleuropäischen Ländern betrachtet, so findet man Diskussionsstränge, die aus unterschiedlichen Gründen die geringe Bedeutung sozioökonomischer Konfliktlinien betonen (Bielasiak 1992, Ost 1993), dafür aber Wertekonflikte als die relevanten Bestimmungsgrößen der Politisierung nach dem Ende des Kommunismus nennen (Weßels/Klingemann 1998: 8).

In der polnischen Europadebatte lassen sich weitere Anhaltspunkte für die Erklärung der Ergebnisse finden. Die Strategie der polnischen Beitrittsgegner basierte darauf, vor allem nationalistische Rhetorik als besonders taugliches Mittel einzusetzen. In der Berufung auf nationale Symbole und Mythen, kollektive Erinnerungen und Vergangenheit wurde hauptsächlich die Frage des Souveränitäts- und Identitätsverlustes sowie des Ausverkaufs polnischen Bodens thematisiert. Folgt man den Parlamentsdebatten im polnischem Sejm, so zeigt sich eine Form der Entpolitisierung sozioökonomischer Konflikte durch eine fiktive Identitätsbildung. So konstruierten zumindest die Parteien der rechten Seite in der Frage der Integration mit der EU eine Identität nicht entlang sozioökonomischer Spaltungslinien, sondern entlang des „uns“ – den Polen, der Nation – gegenüber „ihnen“ – den Internationalisten und der EU. Die Konstruktion einer fiktiven polnischen Gemeinschaft ist wiederum – nach Bohle (2002: 203) ein Indiz für die mangelnde Artikulationsfähigkeit und

Politisierung sozioökonomischer Konflikte und Gegensätze. Andererseits behindert die Festlegung auf eine bis ins Detail durch die EU vorgegebene Politik die Entstehung und Ausdifferenzierung der sozioökonomischen Konfliktlinie.

Es sind nun die Dominanz der beiden gesellschaftlichen Strukturmerkmale Tradition und Religion sowie aber eben auch die Gleichzeitigkeit der Festlegung der ökonomischen Bedingungen durch die EU, die es den Parteien schwer machen, politische Interessen auf der Basis ökonomischer Konflikte massenwirksam zu aggregieren. Angesichts derart heterogener Wirtschafts- und Erwerbsstrukturen eignen sich kulturelle Merkmale weitaus besser als Kristallisationskerne für politische Gruppenidentitäten als wirtschaftliche Interessenlagen. Dass auch populistische Parteien, vielfach aus funktionalen Gründen, gerade die Merkmale Tradition oder Religion zur Legitimationsbeschaffung aufgreifen und dadurch entsprechende Frontstellungen zusätzlich kulturell aufladen und verfestigen, unterstreicht nur das Argument. Angesichts dieser Befunde lässt sich durchaus auch die Frage stellen, ob nicht die hier gezeigten kulturell dominierten Politikmuster in Polen mögliche Entwicklungsperspektiven des zukünftigen parteipolitischen Wettbewerbs in den etablierten westlichen Demokratien aufzeigen. Es ist zumindest anzunehmen, dass soziokulturelle Konflikte in der EU durch die Osterweiterung deutlich aufgewertet werden.

Perspektivisch ist davon auszugehen, dass die Problematik der Interessenvermittlung für die Forschung um so mehr an Gewicht gewinnen wird, je eher man sich auf eine Verhaltenswirksamkeit bestehender *cleavage*-Strukturen beziehen wird. Nichts desto weniger bleibt der Zusammenhang von gesellschaftlichen Konflikten und Parteiensystemen weiterhin eine immer aufs Neue zu diskutierende Größe.

Anhang A

Polnische politische Parteien und Gruppierungen⁴⁰⁷

1. AKCJA WYBORCZA *Solidarność* – AWS (Wahlaktion *Solidarität*)

Registriert am: 08.12.1997

Vorsitzender: Marian Krzaklewski

Die AWS umfasst insgesamt 35 Parteien, die wichtigsten darunter sind: NSZZ *Solidarność*, ChD, KPN, PChD, PC und ZChN.

2. BEZPARTYJNY BLOK WSPIERANIA REFORM – BBWR (Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen)

Registriert als Gesellschaft am: 30 November 1993

Vorsitzender: Zbigniew Religa (bis November 1994); Jerzy Gwóźdź (bis April 1996);

Ab April 1996 als BdP – Blok dla Polski (Block für Polen)– Vorsitzender: Stanisław Kowolik

In Mai 1998 registriert als Partei Blok dla Polski.

3. CHRZEŚCIJAŃSKA DEMOKRACJA – ChD (Christliche Demokratie)

Registriert am: 11.12.1990;

ab Februar 1994 als ChD-SP nach der Vereinigung mit der ChDSP (Christlich-Demokratische Arbeitspartei)

Vorsitzender: Władysław Siła-Nowicki (bis Februar 1994), Marian Błaszczński

4. CHRZEŚCIJAŃSKA DEMOKRACJA III RZECZPOSPOLITEJ – ChD III RP (Christliche Demokratie der III. Republik Polens)

Registriert am: 02. 12.1997

Vorsitzender: Lech Wałęsa

5. DEUTSCHE MINDERHEIT

Vorsitzender: Henryk Król

6. KONFEDERACJA POLSKI NIEPODLEGLEJ – KPN (Konföderation Unabhängiges Polen)

Registriert am: 21.08.1990 (gegründet bereits am 1.09.1979), kurz in AWS

Vorsitzender: Leszek Moczulski

1994 Spaltung: KPN – Prawica Polska (KPN Polnische Rechte); Vorsitzender: Leszek Smykowski

1996 Spaltung: KPN – Obóz Patriotyczny (KPN Patriotische Lager); Vorsitzender: Adam Słomka

7. KONGRES LIBERALNO-DEMOKRATYCZNY– KLD (Liberal-Demokratischer Kongress)

Registriert am: 09.10.1990.

Vorsitzender: Jan Krzysztof Bielecki

Am 23.04. 1994 entstand die Unia Wolności (Freiheitsunion) aus der Vereinigung der KLD und UD

⁴⁰⁷ Die wichtigsten politischen Parteien in Polen in den Jahren 1989-2004. Die Liste wurde unter anderen auf der Grundlage der folgenden Bücher erstellt: Paszkiewicz 2000 und Wasilewski 1997 erstellt, aktualisiert durch Internetrecherche.

8. KONSERWATYWNO-LIBERALNY RUCH 100 – KLR 100 (Konservativ-Liberale Bewegung 100)
Registriert am: 24.11.95 (gehörte zur AWS)
Vorsitzender: Czesław Bielecki, Andrzej Olechowski
9. KRAJOWA PARTIA EMERYTÓW I RENCISTÓW (Landespartei der Rentner und Pensionäre),
linksorientiert
Registriert am: 05.06.1994
Vorsitzender: Tomasz Mamiński
10. KRAJOWE POROZUMIENIE EMERYTÓW I RENCISTÓW RZECZYPOSPOLITEJ (Landespartei der
Rentner und Pensionäre der Republik Polens), rechtsorientiert
Registriert am: 13.07.1997
Vorsitzender: Elżbieta Postulka
11. KRAJOWY KOMITET OBYWATELSKI - KKO (Landeskomitee der Bürger)
Am 18.12.1988 Bekanntgabe der Konstituierung der Bürgerkomitees durch Lech Wałęsa. Nach der Vereidigung
Wałęsas zum Staatspräsidenten am 22.12.1990 Umbenennung des Bürgerkomitees in Landeskomitee.
Vorsitzender: Zdzisław Najder
12. LIGA POLSKICH RODZIN – LPR (Liga der Polnischen Familien)
Registriert am: 21.04.2001
Vorsitzender: Marek Kotlinowski
13. NZSS *Solidarność* (Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft *Solidarität*)
1980 durften eigenständige Gewerkschaften nur auf Belegschaftsebene der Betriebe gegründet werden.
Innerhalb weniger Monate scholl die, in einzelnen Betriebsgewerkschaften formierte *Solidarność*, zu einer
Sammlungsbewegung mit mehr als zehn Millionen Mitglieder an.
Vorsitzender: Marian Krzaklewski
14. PARTIA CHRZEŚCIJAŃSKICH DEMOKRATÓW - PChD (Partei Christlicher Demokraten)
Registriert am: 06.02.1991,
Vorsitzender: Paweł Łączkowski
Am 26.09.1999 entstand die Porozumienie Polskich Chrześcijańskich Demokratów - PPChD (Verständigung der
Polnischen Christlichen demokraten) aus PChD, PC und RdR
15. PARTIA KONSERWATYWNA - PK (Konservative Partei)
Registriert am: 06.12.1992
Vorsitzender: Aleksander Hall
Am 12. Januar 1997 entstand Stronnictwo Konserwatywno-Ludowe – SKL aus PK, SLCh.
16. PARTIA LUDOWO-DEMOKRATYCZNA – PLD (Demokratische Volkspartei)
Registriert am: 07.01.1998
Vorsitzender: Roman Jagieliński
17. PARTIA „X“ PATRIOTÓW POLSKICH (Partei „X“ DER Polnischen Patrioten)
Registriert am: 13.03.1991
Vorsitzender: Stanisław Tymiński

18. PLATFORMA OBYWATELSKA – PO (Bürgerplattform)
Registriert am: 05.03.2002
Vorsitzender: Donald Tusk
19. POLSKA PARTIA PRZYJACIÓŁ PIWA - PPPP (Polnische Partei der Bierfreunde)
Registriert am: 28.12.1990
Vorsitzender: Janusz Rewiński
20. POLSKA PARTIA SOCJALISTYCZNA – PPS (Polnische Socialistische Partei)
Registriert am: 20.09.1990
Vorsitzender: Piotr Ikonowicz
21. POLSKIE STRONNICTWO LUDOWE - PSL (Polnische Volkspartei)
Registriert am: 17.08.1990
Vorsitzender: Roman Bartoszcze (bis 1991); Waldemar Pawlak (1991-1997), Jarosław Kalinowski (1997-2004), Janusz Wojciechowski (2004-2005), ab März 2005 Waldemar Pawlak
22. POLSKIE STRONNICTWO NARODOWE – PSN (Polnische Nationalpartei)
Registriert am: 12.12.1990
Vorsitzender: Bolesław Tejkowski
23. POROZUMIENIE CENTRUM – PC (Zentrumsallianz)
Registriert am: 29.03.1990
Vorsitzender: Jarosław Kaczyński (bis 1998); Antoni Tokarczuk (bis 1999), Adam Lipiński
24. POROZUMIENIE POLSKICH CHRZEŚCIJAŃSKICH DEMOKRATÓW – PPChD (Verständigung der polnischen Christlichen Demokraten)
Registriert am: 26.09.1999
Vorsitzender: Antoni Tokarczuk
25. POROZUMIENIE POLSKIE – PP (Polnische Allianz)
Registriert am: 23.04.1999
Vorsitzender: Jan Łopuszański
26. PRAWO I SPRAWIEDLIWOŚĆ – PiS (Recht und Gerechtigkeit)
Registriert am: 28.03.2001
Vorsitzender: Jarosław Kaczyński
27. REPUBLIKANIE
Registriert am: 20.01.1995
Vorsitzender: Zbigniew Religa
28. RUCH DLA RZECZPOSOPLITEJ – RdR (Bewegung für Republik Polen)
Registriert am: 18.12.1992
Vorsitzender: Jan Olszewski (bis 1994, dann ROP); Stanisław Węglowski (bis 1997); Andrzej Koziół
29. RUCH ODBUDOWY POLSKI – ROP (Bewegung für den Wiederaufbau Polens)
Registriert am: 18.11.1995

Vorsitzender: Jan Olszewski

30. RUCH OBYWATELSKI – AKCJA DEMOKRATYCZNA – ROAD (Bürgerbewegung – Demokratische Aktion)

Registriert am: 16.07.1990

Vorsitzender: Halina Bartnowska

31. SAMOOBRONA RP (Selbstverteidigung der RP)

Registriert am: 10.01.1992

Vorsitzender: Andrzej Lepper

32. SOCJALDEMOKRACJA RZECZPOSPOLITEJ POLSKIEJ —SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen)

Registriert am: 23.08.1990

Vorsitzender: Aleksander Kwaśniewski, Leszek Miller (bis 1999 dann SLD)

33. SOCJALDEMOKRACJA POLSKA – SdPL (Sozialdemokratie Polens)

Registriert am: 26.03.2004

Vorsitzender: Marek Borowski

34. SOJUSZ LEWICY DEMOKRATYCZNEJ – SLD (Allianz der Demokratischen Linken)

Registriert am: 26.07.1991 (als Koalition, am 26.04.1999 als Partei)

Vorsitzender: Leszek Miller, ab Mai 2004 Krzysztof Janik, ab Mai 2005 Józef Oleksy

Die SLD umfasst vor allem die postkommunistische Sozialdemokratie der Republik Polen – SdRP sowie die postkommunistische Gesamtpolnische Gewerkschaftsallianz – OPZZ, PPS, ZSMP und viele andere kleinere postkommunistische Organisationen.

35. STRONNICTWO DEMOKRACJI POLSKIEJ – SDP (Polnische Demokratische Partei)

Registriert am: 27.02.1993

Vorsitzender: Jacek Strożyński

36. STRONNICTWO DEMOKRATYCZNE – SD (Demokratische Partei)

Registriert am: 30.08.1990

Vorsitzender: Jan Janowski (bis 1998); Aleksander Mackiewicz

37. STRONNICTWO KONSERWATYWNO-LUDOWE – SKL (Konservative Volkspartei)

Registriert am: 12.01.1997

Vorsitzender: Jacek Janiszewski (bis 1999); Jan Maria Rokita (bis 2001 dann PO); Artur Balazs

38. STRONNICTWO LUDOWO-CHRZEŚCIJAŃSKIE – SLCh (Christliche Volkspartei)

Registriert am: 05.04.1991

Vorsitzender: Józef Slisz

39. STRONNICTWO NARODOWE – SN (Nationale Partei)

Registriert am: 21.08.1990

Vorsitzender: Maciej Giertych (bis 1999), Bogusław Kowalski

40. STRONNICTWO NARODOWO-DEMOKRATYCZNE

Registriert am: 23.05.1991

Vorsitzender: Bogusław Kowalski (bis 1999), Vereinigung mit SN

41. UNIA DEMOKRATYCZNA – UD (Demokratische Union)

Registriert am: 21.12.1990

Vorsitzender: Tadeusz Mazowiecki (bis 1994 dann UW)

42. UNIA POLITYKI REALNEj – UPR (Union der Realpolitik)

Registriert am: 06.12.1990

Vorsitzender: Janusz Korwin-Mikke

43. UNIA PRACY – UP (Arbeitsunion)

Registriert am: 07.06.1992

Vorsitzender: Ryszard Bugaj (bis 1998); Marek Pol

44. UNIA WOLNOŚCI – UW (Freiheitsunion)

Registriert am: 24.04.1994

Vorsitzender: Tadeusz Mazowiecki (bis 1995); Leszek Balcerowicz (bis 2000); Bronisław Geremek (bis 2002), Władysław Frasyniuk

Die UW entstand aus einer Fusion des KLD und der UD.

45. WYBORCZA AKCJA KATOLICKA (Katholische Wahlaktion)

In der WAK haben sich für die Parlamentswahlen 1991 unter anderem ZChN, einige Bürgerkomitees, die Christliche Bürgerbewegung und die Union der Katholischen Laien verbunden.

46. ZJEDNOCZENIE CHRZEŚCIJAŃSKO NARODOWE – ZChN (Christlich-Nationale Vereinigung)

Registriert am: 04.12.1990

Vorsitzender: Wiesław Chrzanowski (bis 1994), Ryszard Czarnecki (bis 1997); Stanisław Zając (bis 2002); Jerzy Kropiwnicki

Anhang B

Ministerpräsidenten der Republik Polen seit 1989

- | | |
|--|-------------------------|
| 1. Tadeusz Mazowiecki , Demokratische -/Freiheitsunion | 24.08.1989 - 14.12.1990 |
| 2. Jan Krzysztof Bielecki , KLD - Liberal-Demokratischer Kongress | 04.01.1991 - 05.12.1991 |
| 3. Jan Olszewski , PC - Zentrumsallianz | 06.12.1991 - 04.06.1992 |
| 4. Waldemar Pawlak , Bauernpartei PSL | 05.06.1992 - 08.07.1992 |
| 5. Hanna Suchocka , UD, UW | 10.07.1992 - 18.10.1993 |
| 6. Waldemar Pawlak , Bauernpartei PSL | 18.10.1993 - 21.03.1995 |
| 7. Jozef Oleksy , SdRP/Bündnis der Demokratischen Linken | 25.03.1995 - 01.02.1996 |
| 8. Włodzimierz Cimoszewicz , SLD | 16.02.1996 - 17.10.1997 |
| 9. Jerzy Buzek , <i>Solidarność</i> -Wahlbündnis AWS | 17.10.1997 - 20.10.2001 |
| 10. Leszek Miller , SLD | 20.10.2001 - 02.05.2004 |
| 11. Marek Belka (parteilos) | 25.06.2004 - 05.05.2005 |

Anhang C

C.1. Polens Weg in die Europäische Union. Chronik

1988

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und der Europäischen Gemeinschaft (EG), Aufnahme von Verhandlungen, die einen Vertrag über Handel und Zusammenarbeit anstreben.

1989

Die polnische Regierung unter Tadeusz Mazowiecki schließt mit der EG einen Vertrag über Handel und Zusammenarbeit ab. Jan Kułakowski wird erster Botschafter bei der neu entstandenen Vertretung der Republik Polen bei der EG in Brüssel. Es entsteht das Hilfsprogramm PHARE. Polen regt die Assoziierung mit der EG an. Schaffung der Vertretung der Republik Polen in Brüssel

Januar 1990

Beginn der Assoziierungsverhandlungen. Der polnischen Delegation sitzt Jarosław Mulewicz vor, damals Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen im Ministerium des Äußeren. Unterhändler sind u.a. der ehemalige Staatssekretär im Ministerium für Außenwirtschaft - Andrzej Olechowski sowie der Regierungsbevollmächtigte für Europäische Integration und Auslandshilfe - Jacek Saryusz-Wolski. Eine Schlüsselrolle spielt auch Botschafter Jan Kułakowski.

16. Dezember 1991

Die EG unterzeichnet mit Polen das Europäische Assoziierungsabkommen, das eine Grundlage der Beziehungen bildete (Unterzeichnet auch von der Tschechoslowakei und Ungarn). Es setzt den Rahmen für den sog. politischen Dialog und umfasst Regeln für den freien Verkehr von Waren, Personen, Zahlungen, Kapital und Wettbewerb sowie Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Finanzen.

März 1992

Luxemburg. Memorandum der Viagegrader Gruppe (bezüglich der Beitrittsverhandlungen, der gemeinsamen Festlegung des Kalenders und der Kriterien) wird von den Außenministern Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns den Außenministern der EG vorgelegt.

Juni 1993

Gipfeltreffen in Kopenhagen. Es wird festgelegt, dass die mitteleuropäischen Staaten Mitglieder der EG werden können, die die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien erfüllen werden: Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten, funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen, Übernahme der Ziele der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.

Februar 1994

Inkrafttreten des zwischen der EG und Polen 1991 unterzeichneten Europäischen Assoziierungsabkommens.

April 1994

Polen beantragt die EU-Mitgliedschaft.

August – September 1994

Die EU unterbreitet den beitrittswilligen Ländern eine „Strategie zur Vorbereitung für den Beitritt“. Auf dem Essener Gipfeltreffen sind die mittel- und osteuropäischen Länder zum erstenmal vertreten.

Januar 1995

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Präsident Jacques Chirac stellen den EU-Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns für das Jahr 2000 in Aussicht.

Dezember 1995

EU-Gipfeltreffen in Madrid: Die Beitrittsverhandlungen mit den neuen EU-Kandidaten könnten frühestens um die Jahreswende 1997/1998 beginnen.

August 1996

Das Komitee für Europäische Integration wurde ins Leben gerufen.

November 1996

Jan Truszczyński wird Botschafter der Republik Polen bei der EU.

28. Januar 1997

Annahme der Nationalen Integrationsstrategie (NSU) durch den Ministerrat der Republik Polen

Juli 1997

Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Gutachten Agenda 2000 über die EU-Beitrittskandidaten und schlägt vor, die Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Ländern (darunter Polen) zu beginnen.

30. März 1998

Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Polen wie auch Cypern, Estland, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

28. Juni 1998

Die polnische Regierung hat das Nationale Vorbereitungsprogramm auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (NPPC) angenommen.

Juli 1998

Ministerpräsident Jerzy Buzek übernimmt die Leitung des polnischen Komitees für Europäische Integration.

November 1998

Erster Jahresbericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Bestätigt wird die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien; Lücken in der justiziellen und institutionellen Anpassung an die Unionsnormen.

März 1999

Auf dem EU-Gipfel in Berlin wird die Agenda 2000 bestätigt. Sie umfasst Reformen in der gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik für entwicklungsbedürftige EU-Regionen sowie den Haushaltsrahmen für den Zeitraum 2000-2006 mit einer um das Dreifache stärkeren Unterstützung der Beitrittskandidaten ab 2000 (Programme ISPA und SAPARD) sowie eine Reserve für eventuelle neue Mitglieder ab 2002.

November 1999

Zweiter Jahresbericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft: Die justizielle und institutionelle Anpassung sei zu schleppend.

April 2000

Jacek Saryusz-Wolski, ehemaliger Berater Premier Buzeks für Fragen der europäischen Integration, Prorektor des Europäischen Kollegiums wird zum Sekretär des Komitees für Europäische Integration ernannt.

November 2000

Jahresbericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte Polens und anderer Kandidatenländer auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Neben Estland und Ungarn sei Polen am weitesten in der Erfüllung der wirtschaftlichen Beitrittskriterien vorangeschritten. Polen sei „makroökonomisch weitgehend stabil“, habe eine „imposante Zuwachsrate“ (nach Slowenien und Ungarn die drittgrößte in der Region), jedoch seien die hohe Inflationsrate und ein Defizit in der laufenden Rechnung Anzeichen eines Ungleichgewichts.

Dezember 2000

Gipfeltreffen in Nizza. Die Staatschefs der 15 EU-Länder beschließen, dass ab Inkrafttreten des Vertrags von Nizza die EU neue Mitglieder aufnehmen kann, sobald diese den aus der Mitgliedschaft erwachsenden Pflichten gewachsen sein werden.

Juni 2001

Auf dem Gipfel in Göteborg beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, die Beitrittsverhandlungen mit den optimal für die EU-Mitgliedschaft vorbereiteten Ländern bis Ende 2002 zu beenden, damit diese als Vollmitglieder an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2004 teilnehmen können.

14 - 15. Dezember 2002

Im Schlussdokument des EU-Gipfels von Laeken wird für 10 Kandidaten-Länder, darunter Polen, das Jahr 2004 als Datum des Einzugs in die EU genannt.

Januar/Februar 2002

In den Europäischen Konvent werden insgesamt sechs Vertreter der polnischen Regierung und des Parlaments gewählt.

21 - 22. Juni 2002

Beim EU-Gipfel in Sewilla wurde der Beitritt der 10 neuen Länder, darunter Polens, in die Europäische Union im Jahre 2004 bestätigt.

18. November 2002

Die Außenminister der 15 EU-Länder haben beschlossen, dass Polen, neben 9 anderen Anwärterstaaten, der EU wahrscheinlich am 1. Mai 2004 beitreten wird.

13 - 14. Dezember 2002

Beim EU-Gipfel in Kopenhagen hat Polen die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen.

16. April 2003

Die Staats- und Regierungschefs sowie die Außenminister der 15 gegenwärtigen und der 10 künftigen Mitgliedsstaaten haben in Athen den Beitrittsvertrag unterzeichnet.

7 - 8 Mai 2003

Referendum in Polen. Nach dem offiziellen Endergebnis des zweitägigen Referendums entschieden sich 77,5 Prozent der Wähler für den EU-Beitritt. 22,5 Prozent stimmten mit „Nein“. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,8 Prozent.

Bis Ende 2003

Ratifizierungsverfahren in den Beitritts- und in den EU-Ländern.

1. Mai 2004

Aufnahme Polens in die Europäischen Union.

C.2. Ergebnisse der Europawahlen in Polen

Tabelle 32: Ergebnisse der Europawahlen in Polen vom 13.06.2004

Wahlbeteiligung 20,8 Prozent

	Stimmenanteile (in Prozent) ¹	Mandate	Zuordnung zu den Fraktionen im EP
Bürgerplattform – PO	24,10	15	EVP-CD
Liga der Polnischen Familien – LPR	15,92	10	ID
Recht und Gerechtigkeit – PiS	12,67	7	UEN
Samoobrona – Selbstverteidigung	10,78	6	Fraktionslos
Allianz der Demokratischen Linken / Arbeitsunion SLD – UP	9,35	5	SEP
Freiheitsunion – UW	7,33	4	ELDR
Polnische Bauernpartei – PSL	6,34	4	EVP.CD (1) UEN (3)
Sozialdemokratie Polen – SDPL	5,33	3	SPE
Union der Realpolitik – UPR	1,87	-	
Narodowy Komitet Wyborczy Wyborców - Nationales Wahlkomitee für die Wähler ²	1,56	-	
Inicjatywa dla Polski - Initiative für Polen ³	1,45	-	
Andere ⁴	3,32	-	
Gesamt	100	54	

Quelle: <http://www.eurowybory.pl> (15.07.2004), vgl. auch: Hrbek 2005: 263)

Anmerkungen: ¹Die Prozentangaben in Klammern geben die jeweilige Wahlbeteiligung an. ²Das Wahlkomitee gegründet am 16.03.2004 von Maciej Płażyński (ex-Parlamentspräsident und PO-Mitgründer) besteht aus Mitgliedern der national-christlichen Seite. ³Partei gegründet im Juni 2003 durch ex-Schatzminister der Regierung Buzek Aldona Kamela-Sowinska. ⁴Unter „Andere“ sind diejenigen Parteien subsumiert, auf die jeweils weniger als 1 Prozent der nationalen Stimmenanteile entfielen.